

# MBI INFORMIERT

## MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

Nr.: 07/10

### MBI -Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

Haushaltskatastrophe, Innenstadt-Super-Krise, Trümmerfelder Ruhrbania, geplante Zerstörung klimatisch wertvoller und landschaftlich schönster Stellen auch noch an der Tilsiter, der Berger-, der Hansastraße und an der Rennbahn, wüste Trickserei für das Stadionkarusselmodell für den VfB Speldorf, geplanter Kahlschlag im Kulturbereich, totale Ratlosigkeit im Schulbereich ..... dafür immer weitere, teure Gutachten und Spitzenpöstchen!!!!



## Mülheim - quo vadis?

Kommt die Rettung aus Düsseldorf mit einer "bad bank" für bankrote Städte? Selbst das wird Mülheim wenig helfen wegen der Vielzahl von PPP-Projekten und anderen Umwegfinanzierungen, die passen in keinen "Rettungsfonds"!



**Die neue Landesregierung steht fest. Mit Frau Kraft als Ministerpräsidentin und Frau Steffens als Gesundheitsministerin ist Mülheim wieder überrepräsentiert. Dafür ist ex-OB Baganz demnächst kein Staatssekretär mehr. Wird seine Nachfolgerin als MH-OB ihm auch als Sekretöse des Staates NRW folgen? Die MBI machten vor Wochen allen Düsseldorfer Parteien Vorschläge für die Koalitionsverhandlungen. Bis heute reagierte keine/r. Wir werden die folgenden Punkte dennoch bei jeder sich bietenden Gelegenheit wiederholen:**

### 1. Wiedereinführung des Widerspruchsrechtes für die Bürger!

Die „alte“ Landesregierung hatte auch das Widerspruchsrecht der Bürger weitgehend abgeschafft unter dem irreführenden Begriff „Bürokratieabbau“. Das bedeutete in der Realität aber eine deutliche Verkürzung der Bürgerrechte und eine Stärkung der Bürokratie! **Wann wird auch dieser Fehler wieder korrigiert?**

### 2. Abschaffung des RP Düsseldorf und Schaffung des Regierungsbezirks Ruhr!

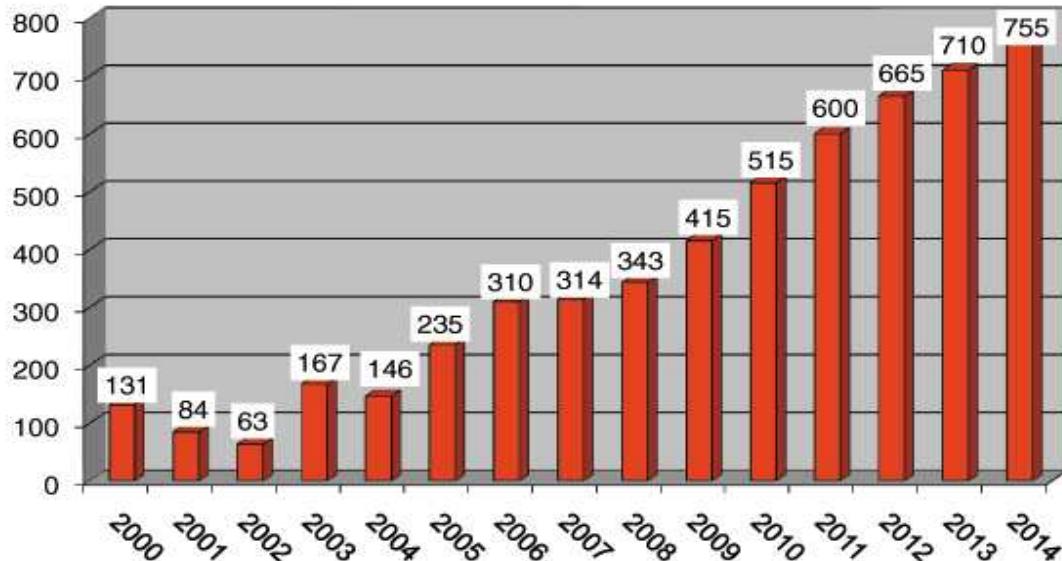
Dies war ein Wahlversprechen der CDU vor der letzten Wahl 2005. Ein Regierungsbezirk Ruhrgebiet sollte geschaffen werden. Dieses Versprechen wurde damals in dem Koalitionsprogramm festgeschrieben, aber nichts passierte. **Wann kommt der RP Ruhr denn nun? Steht er auf der Agenda der rot-grünen Minderheitsregierung?**

### Auf den folgenden Seiten:

- Ratssitzung in Mülheim mit historischer Entscheidung zum Flughafen Essen-Mülheim, ansonsten Chaos und Ratlosigkeit im Rat, u.a. zum RWE-Stromnetz, zum Hart IV-Optionsmodell u.v.m....S. 2+3
- Satire zu den Trümmerfrauen am Wasserwanderrastplatz .....S. 3
- Speldorf: Der letzte macht das Licht aus? Speldorf als Lehrbeispiel für eine auf nahezu allen Feldern völlig falsche Stadtplanung mit katastrophalen Auswirkungen: .....S. 4
- Einlegeblatt: Auszug aus dem MBI-Sparkonzept gegen die desolate Haushaltssituation .....S. 5+6

**Der Etat 2010 der Stadt Mülheim hätte spätestens im Dez. 2009 verabschiedet sein müssen, soll nun im Okt. 2010 geschehen, wenn überhaupt! Viel schlimmer als das Haushaltsloch von 97 Mio. Euro ist die Explosion der kurzfristigen Kassenkredite von 415 Mio. Euro in 2009 auf 515 Mio. in 2010 und bis 2014 sogar auf 755 Mio. jährlich - bei weit weniger als 500 Mio. Gesamteinnahmen! Eine Haushaltskatastrophe!**

Entwicklung der Kassenkredite der Stadt Mülheim von 2000 bis 2014  
Haushaltsentwurf 2010/2011, Vorbericht S. 41



## Ratssitzung in Mülheim mit historischer Entscheidung zum Flughafen Essen-Mülheim, ansonsten Chaos und Ratlosigkeit im Rat

Am 8. Juli war Ratssitzung der Stadt Mülheim mit Einbringung des **Doppeletats 2010/2011** ohne neues Haushaltssicherungskonzept (HSK), obwohl das bisherige, völlig perspektivlose HSK nahezu gänzlich gescheitert ist.

Was die bedenklich verspätete Einbringung des Haushalts, dann die Verschiebung auf Herbst und Erweiterung in einen Doppelhaushalt bezeichnen sollte, zeigt das Beispiel der **B-Pläne M 17 und M 21 zur Umwandlung der Speldorf Sportplätze in Bauland**, für die im Schweinsgalopp Satzungsreife beschlossen wurde. Gleichzeitig wurde beschlossen, schon vor der Etatverabschiedung im Okt. die 1. Raten von 145.000• für Baumaßnahmen Hochfelder Str. und 200.000• für den Blötterweg freizugeben, damit die Grundstücke ganz schnell in diesem Sommer erschlossen und noch im Herbst(!) verkauft werden können (Ausschreibung ist bei dem Zeitplan ohnehin nicht möglich!!!) Wenn nämlich der Nothaushalt kommt, müsste der Verkaufserlös zur Schuldentilgung in den Haushalt fließen, nicht für den Stadionumbau für den VfB Speldorf! **Das ist eine wüste Trickserei auf Kosten u.a. der Schulkinder der beiden Grundschulen, denen der Schulsportplatz an der Hochfelder Str. ohne Ersatz weggenommen wird!** Frage aber bleibt auch, wem die Grundstücke versprochen sind. Das stinkt alles auch empfindlich nach Filz!

Dann wurde eben mal hopplahopp und nach einem Durcheinander faktisch die **vorzeitige Verlängerung des Strom-Konzessionsvertrages** der Stadt Mülheim mit dem RWE beschlossen. Die notwendige Ausschreibung soll bereits Mitte Juli geschehen. Soll die Stadt wie beim Versuch der vorzeitigen Karnap-Neuverträge vor 3 Jahren über den Tisch gezogen werden? Ist Rekommunalisierung in Mülheim keine Diskussion wert?

MBI, Grünen und FDP ging das zu schnell. Sie wollten erst die verschiedenen Möglichkeiten auf dem Tisch haben, d.h. die Prüfung der Stadtwerkelösung mit medl und möglicher regionalen Varianten z.B. mit den Stadtwerken Duisburg und/oder Essen. Dann wurde eine Auszeit eingelegt mit vielen Diskussionen, wobei Kämmerer und BHM-Chef massiv für ihren Kurs warben, nämlich Mitte Juli bereits auszuschreiben. Die meisten CDU-ler ließen sich davon beeindrucken, aber nicht alle. **MBI und Grüne meldeten Beratungsbedarf an, den aber die OB nicht gelten ließ.** Das alles war sehr durcheinander und bedenklich. Es wird sicher ein Nachspiel haben müssen!



Landesrechnungshof bestätigte noch einmal in WAZ+NRZ, dass seine Feststellungen zum bedenklichen Geschäftsgebahren der FEM (Flughafen Essen-Mülheim GmbH) auf reinen Fakten beruht. BHM(Beteiligungsholding Mülheim)-Chef Dönnebrink hatte dem LRH vorgeworfen, unverantwortlich gehandelt zu haben durch die Veröffentlichung. Die LRH-Antwort darauf ist eine Klatsche, der Verdacht von Filz und möglicher Korruption am Flughafen längst nicht aus der Welt!

Flughafen-Beschäftigte von Wüllenkemper und VHM demonstrierten vor dem Ersatzratsaal im RWW-Aquatorium in Styrum und sie klatschten frenetisch bei den Beiträgen von FDP und SPD, die inhaltlich aber recht dürftig waren. Half alles nix, denn mit 31:27 wurde der Antrag so beschlossen. Damit dürfte die jahrelange Hängepartie und kaugummiartige Diskussion um den überflüssigen Ausbau dieses Flugplatzes endlich zu Ende sein! Die beiden anderen Gesellschafter, die Stadt Essen und das Land, wollen ebenfalls den Ausstieg, der nun in geordnete Bahnen gelenkt werden kann. Endlich wurde der unselige Mülheimer Ausbaubeschluss, der 2001 nur per gekaufter Überläuferstimme von Yassine möglich war, aufgehoben und damit dem Geschäftsführer, dem RP und Frau Mühlenfeld die Grundlage entzogen, weiter über Ausnahmedüsen und andere Hintertüren wie z.B. die Abholzung des Galgenhügels im Vorgriff auf ein Instrumenten-Landesystem oder Wüllenkempers Airbuswunschhalle Fakten zum Ausbau schaffen zu wollen.

Dann gab es noch den **Beschluss, das Optionsmodell zu Hartz IV um 5 Jahre zu verlängern**. Mülheim ist bekanntlich eine der wenigen (Options-)Kommunen, die die Betreuung der Langzeitarbeitslosen in alleiniger Regie betreibt. Eine Bilanz der ersten 5 Jahre mit der Abwägung von Vor- und Nachteilen fand nicht statt. Dennoch waren bis auf MBI und Linke alle hellau begeistert, wie toll das in Mülheim liefe. Zur Erinnerung: Die MBI stimmten 2004 für das 5-jährige Optionsmodell als Experiment in der Hoffnung, dadurch mehr Transparenz und Einflussmöglichkeiten bei den Hartz IV-Empfängern zu erhalten. Das hat sich aber nicht realisiert. Selbst bei Geldverschwendungen und Korruption wie bei der jsg hatte die Politik keinen wirklichen Einfluss. Auch ist nicht zu erkennen, dass die Vermittlungsrate in Mülheim besser war. Auch das „Fördern“ war im Vergleich zum „Fordern“ bei vielen Langzeitarbeitslosen eindeutig das Stiefkind im Alltag der Sozialagentur. Dass das ex-Easy-Gebäude von Hoffmeister auf 15 Jahre für die Sozialagentur angemietet wurde, obwohl das Optionsmodell nur 5 Jahre galt, hat ohnehin sein Geschmäckle!

### Vorsicht Satire!

**Um Geld zu sparen, legten nun auch Mülheims obere Damen Hand an, damit die verlorene Zeit beim Bau des heiß begehrten Wasserwanderrastplatzes von Ruhrbania, davor Hafenbecken und davor Marina, wieder aufgeholt wird.**

Die Begeisterung ist unübersehbar, Erinnerungen an die Nachkriegszeit, als die „Trümmerfrauen“ ganz Deutschland wieder aufbauten, nicht zufällig. Allerdings hatten die Frauen damals die Trümmer nicht vorher auch noch selbst erzeugt! Und sie meisterten den Aufbau vorbildlich!

Hauptpunkt der Ratssitzung aber war der gemeinsame **Antrag von CDU, MBI und Grünen zum Flughafenausstieg**. Der wurde ganz vorne behandelt, als TOP 3 direkt hinter „Aktuelle Fragestunde“. Ursprünglich war der Punkt als TOP 13.3 ganz ans Ende der öffentlichen Sitzung gesetzt worden, Der

Dann beschloss der Rat noch die sofortige **Freigabe der Mittel für die Erneuerung der Beckstadt-/Ludwigstraße**, weil die verschobene Etatverabschiedung den unhaltbaren Zustand nach der Verlegung des Kanals bis ins nächste Jahr verlängert hätte. Damit kann nun zügig die Ausschreibung beginnen und noch im Herbst die lange überfällige Straßenbaumaßnahme durchgeführt werden. Geplante Gesamtkosten 691.000 •, wovon die Stadt 375.000• tragen soll und die Anlieger 316.000•.

Ebenso wurde beschlossen, das **Wennmann-Bad in Heißen nicht zu schließen** und die Mittel zur Sanierung vor der Etatverabschiedung zu bewilligen. Gegen die Stimmen von MBI und den Linken wurden **3 •-Tagesgebühr für den bislang kostenfreien Stadthallenparkplatz** beschlossen, ebenso eine deutliche Erweiterung der gebührenpflichtigen Parkzeiten (neu: Montag – Freitag von 8–19 Uhr und samstags von 8–17 Uhr!). Bisher gilt diese Parkgebühren-Regelung für montags bis freitags von 9–17 Uhr und samstags von 10–13 Uhr. Die CDU wollte von allem ein bisschen weniger, wurde aber von SPD-FDP-Grünen überstimmt.



# Speldorf: Der letzte macht das Licht aus?



Der durch völlig verfehlte Stadtplanung arg strapazierte Stadtteil Speldorf wird dadurch nicht attraktiver, dass die fast letzten „Flächen für den Gemeinbedarf“ zur Finanzierung des Stadionumbaus mit weiteren Häusern zugebaut werden. Es entsteht ein riesiger ungeliebter, gesichtsloser Siedlungsbrei, der sich an den Rändern immer weiter in die Grüngüte frißt, wie nun auch noch an der Hochfelder Straße, und im Kern völlig verödet wie im Speldorfer Depot oder an der Duisburger Straße!

## Speldorf ist insgesamt ein Lehrbeispiel für eine auf nahezu allen Feldern völlig falsche Stadtplanung mit katastrophalen Auswirkungen:

- ◆ Die gesamten Baugebiete südlich der Saarner Str. fast ohne jegliche Versorgungseinrichtungen und mit hundsmiserablem ÖPNV-Anschluss,
- ◆ die **Nicht-Planung auf dem Problemgürtel (Fallwerk, Hammann, Mellis usw.) zwischen Gewerbegebiet Hafen und den Wohngebieten von Eltener-, Hofacker-, Hansa-, Luther- und Baakendorfer Str. (die ja ursprünglich zum größten Teil verschwinden und dem Gewerbegebiet zugeschlagen werden sollten!)**,
- ◆ die durch diese Pläne zum erweiterten Gewerbegebiet fast in Randlage gebrachte Duisburger Str.,
- ◆ **das völlig überversiegelte Gewerbegebiet Hafen, die herunter gekommene sog. Westspitze (ex- "maritime Meile") an der Ruhrorter Straße in eigentlich optimaler Lage!!!**
- ◆ die katastrophale Fehlplanung Emmericher Straße,
- ◆ **Aldi Hansastraße, demnächst noch mit Drogeriemarkt daneben? und die Discounter an der Weseler Straße**
- ◆ das ungeregelte Gelände des Speldorfer Bahnhof,
- ◆ **die über viele Jahre ignorierten Kanalprobleme der Duisburger Straße,**
- ◆ die verbummelten Zuschüsse für die Verlegung der 901 uswusf.....
- ◆ **und demnächst auch keine einzige weiterführende Schule mehr und wenn das Pech zuschlägt auch keine Rennbahn mehr???**

Speldorf gilt immer noch als reicher Stadtteil, städtebaulich aber weist es eine Ansammlung von Extrembeispielen falscher und dilettantischer Stadtplanung auf, die ihresgleichen sucht, und zwar europaweit!

Übrigens: Es gab 1994 eine brauchbare Rahmenplanung Speldorf und 1992 auch verschiedene Szenarien des KVR zum Gewerbegebiet Hafen. Nahezu nichts davon wurde berücksichtigt, im Gegenteil: Vieles wurde, insbesondere seit Frau Sander 1996 Dezernentin wurde, geradezu torpediert! Diese Dezernentin kam Mülheim sehr teuer zu stehen. Wiederwahl 2011????



## Mülheimer Haushalt: Zu viele Häuptlinge, viel zu viel Verschwendung und völlig intransparent!

Der Haushalt der Stadt Mülheim ist vollständig aus den Fugen geraten.

**Oberstes Ziel muss sein, den Haushalt mittelfristig ohne Bilanztrickserei wieder ausgeglichen zu bekommen, indem Einnahmen und Ausgaben ins Lot gebracht werden.** Natürlich muss die Kommunalfinanzierung nach dem schon lange geforderten Konnexitätsprinzip dringend verbessert werden, natürlich muss der Solipakt Ost verändert oder abgeschafft werden, doch dies alles ist nur ein Teil der Malaise. Prof. Blotevogel hat für Hagen nachgerechnet, dass ca. 70% der Hyper-Verschuldung selbstgemacht sind und nur 30% durch die Unterfinanzierung der Kommunen. In Mülheim mit seiner gigantischen Verschwendung dürfte der selbstverschuldete Eigenanteil noch höher liegen als in Hagen. **Deshalb muss auch der ganz große Ausgabenblock Personalkosten in seiner Gesamtheit, d.h. inkl. der ausgliederten Beteiligungen, schnellstmöglich umstrukturiert werden.**

In den letzten 15 Jahren hat es ununterbrochen Ausgliederungen gegeben, ob als Eigenbetriebe oder als GmbHs mit und ohne private Beteiligung. Der größte Teil von Dezernaten und Ämtern aber blieb bestehen. So hat die Stadt im Ergebnis **eine kaum noch überschaubare Zuständigkeitsstruktur, häufige Parallelstrukturen und vor allem eine Inflation der sog. overheadkosten (früher sagte man „Wasserköpfe“)**. Ohne diese nach und nach und bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder zu verringern, wird keine Haushaltssanierung gelingen können. Parallelstrukturen erzeugen u.a. Koordinierungsbedarf und sind vom Kämmerer nicht mehr wirklich steuerbar und der Politik großenteils entzogen..

Dringend wäre hier die **Auflösung der MST** mit Eingliederung aller MST- und MSS-Immobilien in den Immobilienservice, egal ob dieser weiter als Eigenbetrieb oder „rückgeführt“ wird zu einem Liegenschaftsamt. Der Bereich Wirtschaftsförderung der MST wird von M&B übernommen, Öffentlichkeitsarbeit wieder zu Dezernat 1 (Presse - und Kommunikationsabteilung), Veranstaltungsmanagement geht zum Kulturbereich.

**Für den gesamten Bereich der sog. Kernverwaltung muss festgelegt werden, wohin der Zug fahren soll. Ziel muss es sein, auf Dauer die gesamten Personalkosten deutlich zu senken, dies sozialverträglich zu tun und die Hierarchien deutlich abzuflachen.**

Dazu schlagen die MBI folgendes vor:

1. **Auf mittlere Sicht Reduktion der Dezernate auf 3, wann immer sich die Möglichkeit ergibt, evtl. auch sogar früher.**
2. **Alle Ämter werden mit k.w.(künftig wegfällend) belegt. Wann immer ein Amtsleiter geht, wird als erstes geprüft, ob das Amt mit einem anderen zusammengelegt werden kann oder ganz bzw. in Anteilen von oder mit einer Nachbarstadt gemeinsam weitergeführt werden kann.**
3. **Ab sofort muss gelten: Keine weitere Aufstockung des gesamten Personalbestandes.**

Zu 3.) Im Stellenplan des Etatentwurfs für 2010 steht:

Beamte: Tatsächlich besetzte Stellen am 30.6.2009 670,97 und Zahl der Stellen 2010 709,35

Angestellte: Tatsächlich besetzte Stellen am 30.6.2009 1362,58 und Zahl der Stellen 2010 1431,39

**Mit anderen Worten: 2010 soll es alleine im Kernbereich 39 mehr Beamte und 69 mehr tariflich Beschäftigte bei der Stadt Mülheim geben können! In einer schrumpfenden Stadt mit 97 Mio. Haushaltsloch alleine 2010 indiskutabel!**

## Deshalb die 1. MBI-Forderung:

- Für 2010 Einfrieren der Stellen auf den Stand vom 30.6.2009!
- Ab 2011 Stellenabbau, aber ohne betriebsbedingte Kündigungen

In den vergangenen Jahren wurden verschiedene „Stabstellen“ geschaffen, auf denen u.a. ehemalige Amts- oder Werksleiter „geparkt“ wurden.

## Deshalb die 2. MBI-Forderung: Sukzessive Abschaffung, keine neuen Stabstellen mehr!

Hatte früher ein Dezernent eine Sekretärin und höchstens mal 1 Referenten, so sind dies heute gleich mehrere hochbezahlte Stellen, die dann unter „Verwaltungsführung/Verwaltungssteuerung“ geführt werden. Je Dezernat sind hier inzwischen bis zu 6 Beschäftigte tätig, im Dez. I der OB unter Garantie noch mehr. (aus dem Stellenplan dazu: Dez. II 3 Beamte/2 Tarifbeschäftigte/ Dez. III 4 Beamte/1 Tarifbeschäftigte/ Dez. IV 4 Beamte/ 2 Tarifbeschäftigte/ Dez. V „nur“ 2 Tarifbeschäftigte/ Dez. VI 2 Beamte/3 Tarifbeschäftigte, Dez. I keine Angaben erkennbar)

## Deshalb die 3. MBI-Forderung:

- Sukzessive Reduktion der „Verwaltungsführung/Verwaltungssteuerung“ in allen Dezernaten

### Weitere Einsparmöglichkeiten und -vorschläge nach Dezernaten im einzelnen:

- Für alle Dezernate und Beteiligungsgesellschaften: Sukzessive Reduzierung der bisherigen Dienstwagenflotte auf ein unvermeidbares Minimum

#### Dezernat 1:

- Verzicht auf Teile der bisherigen Repräsentation, u.a. einige der Empfänge
- Aussetzen der Ehrengaben, -ringe, -spangen, -empfänge für 5 Jahre
- In der Kostenstelle Presse Verzicht auf Stadtfotografenstelle und Stellenanteile für den Verkehrsverein, dafür Erhalt des Zuschusses für Stelle beim Verein für Städtepartnerschaft
- Reduzierung Stellen bei der Abt. „Wahlen“, weil vor 2012 wahrscheinlich keine Wahlen mehr stattfinden, und Verwendung an anderer Stelle

#### Dezernat 2:

- ÖPP-Stabstelle (5 Stellen) sofort streichen
- Baldige Zusammenlegung der Ämter 20 und 32: Personal könnte in die Bußgeldstelle Amt 32
- Amt 24 hat ganze 13 Stellen mehr als 2008! Aktuell ist sogar wieder eine weitere A 11-Stelle neu ausgeschrieben. Die Mehrarbeit durch Umstellung auf NKF ist seit 2008 beendet! Also Reduktion der ca. 50 Stellen auf den Stand von 2008!

#### Dezernat 3:

- Stabstelle Korruptionsprävention streichen
- Wegfall der freiwilligen Leistung „Strategien und Projekte“
- Wegen gesunkenen Fallzahlen die Stellenzahl „Ausländerwesen“ (23) und „Sondernutzungserlaubnisse Schwerlastverkehr“ reduzieren
- Bei Bußgeldverkehr das Gegenteil (30% mehr), Aufstockung z.B. durch frei werdendes Personal aus „Vollstreckung“ bei Amt 20

#### Dezernat 5:

- Stellenreduzierung bei „Stadtforschung und Umfragen“ (5,6 heute), „Statistik etc.“ (2,3) und „Steuerung und Koordination Integrationsprozesse“ (2, Wegfall?)
- Amt 50: Reduzierung bei „Förderung Wohnraum“ (12,8), da Rückgang Fallzahlen
- Dagegen Aufstockung bei Hygiene- und Lebensmittelüberwachung

#### Dezernat 6:

- „Grundstückswertermittlung“, „Wohnraumsicherung“, „Bestandskontrolle“, „Vermessung etc. von Geobasisdaten“ wg. gefallener Fallzahlen
- Weitere Einsparungen bei „Städtekooperation“, „Räumliche Planung“, „Bauaufsicht“ (19), „baubehördliche Beratung“ (9)
- Überprüfung Verdoppelung der Stellen bei „Denkmalschutz“ von 09 auf 2010
- Ebenso 3 Stellen mehr bei „Maßnahmen Umweltschutz (auf 21,8), Stelle „Luft-Klima-Lärm“ neu
- Reduzierung Stellen Kleingartenanlage (5,4 Stellen wofür?) Uswusf.....